

MARIO KESSLER

ZUR ENTSTEHUNG DER DDR: ANTWORTEN UND NEUE FRAGEN

Beginnen möchte ich mit einem unheilverkündenden, zu seinen Lebzeiten nicht veröffentlichten Gedicht des Lyrikers und DDR-Kulturministers Johannes R. Becher:

*Das ist der Turm von Babel,
Er spricht in allen Zungen.
Und Kain erschlägt den Abel
Und wird als Gott besungen.
Er will mit seinem Turme
Wohl in den Himmel steigen
Und will vor keinem Sturme,
Der ihn umstürmt, sich neigen.
Gerüchte aber schwirren
Die Wahrheit wird verschwiegen
Die Herzen sich verwirren
So hoch sind wir gestiegen.
Das Wort wird zur Vokabel
Um sinnlos zu verhalten.
Es wird der Turm zu Babel
Im Sturz zu nichts zerfallen.*

Der Literaturwissenschaftler Hans Mayer stellte dieses Gedicht an den Anfang wie an das Ende seines Buches «Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik». Darin suchte er nach den Gründen für das Scheitern der DDR. In diesem 1991 erschienenen Werk seziierte er die Widersprüche im hohen Anspruch einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung und kritisierte die nur allzu zahlreichen Propagandabehauptungen und «weißen Flecken» der offiziellen DDR-Ideologie. Aber Hans Mayers Kritik unterschied sich himmelweit von der Geschichtsschreibung der Sieger, denn für Mayer bedeutete das Ende der DDR «nicht das Ende eines Denkens über gesellschaftliche Alternativen. Die Deutsche Demokratische Republik war stets eine deutsche Wunde. Sie wird es bleiben und nicht heilen, solange man nicht erkennt, dass hier eine deutsche Möglichkeit zugrunde ging.»¹ Dieses Lied, beschied ihm die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, «[ist] ausgesungen, aber Don Quijote will es nicht zur Kenntnis nehmen».² Mayer verkünde, schrieb Thomas Assheuer in der *ZEIT*, den guten Anfang des antifaschistischen Aufbruchs 1945. In Wahrheit aber propagiere er, hierin den DDR-Ideologen³ gleich, «die Illusion einer Versöhnung von Geist und Macht. Hartnäckig

und unter temporärer Vernachlässigung seines politischen Urteilsvermögens projiziert er den (exil)literarischen Traum vom Politischen in die Kindheitsmuster der Deutschen Demokratischen Republik und beleuchtet damit nur umso erschreckender ein Bauwerk, das schon damals dem Ballast utopischer Zuweisungen nicht standhalten konnte.»⁴

Es stimmt und sollte nicht bestritten werden: Die Deutsche Demokratische Republik war demokratisch nur in der spezifischen sowjet-kommunistischen Interpretation des Terminus: Der «demokratische Zentralismus» war in Wirklichkeit weit mehr Zentralismus denn Demokratie. Er war Ausdruck einer Diktatur statt eines demokratischen Konsensus. «Die Bezeichnung der DDR als Diktatur sagt jedoch noch nicht viel über den spezifischen Charakter dieser Diktatur aus», schrieb Mary Fulbrook schon vor beinahe dreißig Jahren in einem Buch, das als erster Ausdruck ihres Bestrebens zu werten ist, die Geschichte der DDR jenseits normativer Begriffe zu fassen, so wenig auf solche Begriffe verzichtet werden kann.⁵ «Die Betonung der Unterdrückung ist», so Fulbrook weiter, «für sich genommen nicht sehr erhellend. Sie sagt nicht viel aus über die verschiedenen Grade politischen Einverständnisses oder des Mitmachens, die man innerhalb der ostdeutschen Bevölkerung beobachten konnte.»⁶

Im Mittelpunkt der folgenden Ausführungen steht deshalb zunächst die Frage nach der inneren Kohärenz wie nach der Anpassungsfähigkeit des sowjetischen Herrschaftssystems in Ostdeutschland.⁷ Das bedeutet, aus der Fülle an Problemen die damit verknüpften politischen Fragen hervorzuheben. Ökonomische und soziologische Fragestellungen, die gleichermaßen wichtig sind, müssen aus Zeit- und Platzgründen zurücktreten. Zunächst sollen die beiden Begriffe *Repression* und *Toleranz* als analytische Kategorien zur Untersuchung je spezifischer Herrschaftsmethoden dienen, die eine differenzierte Untersuchung von Beharrung und Wandel dieses Herrschaftssystems erlauben. Diese Fragestellung ist nicht neu. Doch möchte ich daran anschließend die Perspektive erweitern und die Entstehung der DDR stärker in die gesamteuropäische Geschichte und nicht zuletzt in die Geschichte der sozialistisch-kommunistischen Bewegung einordnen, die für die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus auch auf offene Konstellationen der Politik verweist. Natürlich war bekannt, dass in der DDR, und dies unterschied den deutschen Teilstaat von anderen Staaten

des Sowjetblocks, mehr als 300.000 Sowjetsoldaten stationiert waren. Die westliche Staatsgrenze der DDR bildete die Frontlinie im Kalten Krieg. Doch waren Frontlinien nicht ein für alle Mal so klar gezogen, wie sie im Nachhinein auf der politischen Karte aufscheinen mögen.

REPRESSION IN STALINISTISCHEN UND NACHSTALINISTISCHEN GESELLSCHAFTEN: DAS BEISPIEL DER DDR

Der repressive Charakter ist in der Tat ein hervorstechendes Merkmal der Gesellschaften sowjetischen Typs, zumindest bis 1985.⁸ Stalinistische Gesellschaften, so die Sowjetunion zwischen 1935 und etwa 1956 oder das Osteuropa der Nachkriegszeit bis 1956/57, beruhten generell auf einem System rigidester staatlicher Überwachung, welches die kommunistische Staatspartei zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung schuf und anwandte. In der Sowjetunion war dem zu Beginn der 1930er-Jahre der Zerfall und auch die De-facto-Liquidierung jener sozialen und politischen Klassen vorausgegangen, auf die sich das System gestützt hatte: Arbeiter und Bauern. Der allmähliche Übergang zum organisierten Terror war zudem nur möglich geworden infolge innerer Veränderungen der Parteiherrschaft. Von Anbeginn hatten die Bolschewiki zielstrebig den Aufbau eines Parteiapparates forciert, und dieser bildete nach der Oktoberrevolution 1917 die Grundlage für den Aufbau eines *Nomenklatur*-Systems zur Besetzung von Positionen in Partei und Staat.⁹ Die ranghöchsten Mitglieder innerhalb der Parteihierarchie begannen, eine Parteibürokratie aufzubauen. Das wichtigste Merkmal des entstehenden Stalinismus war eine Machtkonzentration in den Händen weniger privilegierter Mitglieder dieser Bürokratie, die sich immer mehr jeder Kontrolle entzog. Damit ging die Vergrößerung des Apparates der Staatsapparat einher. Freiwilliges Engagement sollte durch absoluten Gehorsam ersetzt werden.

Diesem Prozess ging die Niederlage alternativer Strömungen innerhalb der sowjetischen Partei voraus. Kontroverse Debatten innerhalb der Parteiführung, vor allem innerhalb ihrer höheren und mittleren Ränge, wurden zunehmend als eine Gefahr für das Machtmonopol der Partei gesehen.¹⁰ Die stalinistische Fraktion blieb in dieser Auseinandersetzung gegen andere Strömungen durch Druck und Verleumdungskampagnen siegreich. Der Zerfall jeder innerparteilichen Opposition war der Beginn einer völligen Neuorganisation von Partei und Staat unter Anwendung terroristischer Maßnahmen. Dieser Terror richtete sich vor allem gegen jedes kritische Denken innerhalb der Partei selbst.

Die Geschichte der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, spiegelt die Entwicklung der ostdeutschen Gesellschaft insgesamt wider. Sie ist ein Beispiel für die Transformationsprozesse innerhalb des Herrschaftssystems sowjetischer Prägung. Dieses beruhte auf strikter Kontrolle durch die Partei, entwickelte sich aber zu einem Regime, das allmählich auch manchen Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen suchte. Unveränderbar blieb während dieses Wandlungsprozesses das Hauptmerkmal des Systems: sein Zwangscharakter. Wie jedoch Konrad H. Jarausch festhielt, waren die Motive der Parteiführer der Zeit nach Stalin auf die Errichtung einer «Fürsorgediktatur» ausgerichtet, die auf Veränderungen innerhalb der Gesellschaft abzielte, doch auch auf sie reagierte.¹¹ Diese Ziele waren nicht lediglich eine Fortschreibung der repressiven Entwicklungsphase der Gesellschaft. Die Veränderung

der Methoden innerparteilicher Disziplinierung zeigt diesen Wandel.

Im Mai 1945 wurde die Kommunistische Partei Deutschlands, die KPD, als stalinisierte Kaderpartei wieder gegründet. Während der «Bolschewisierungphase» der späten Weimarer Republik waren bereits die Abweichler aus ihren Reihen entfernt worden, und jene in die Sowjetunion emigrierten Parteiführer, die den Terror der 1930er-Jahre überlebt hatten, waren treue Gefolgsleute Stalins.¹² Anders als in der Sowjetunion selbst waren die Kommunisten in der Sowjetischen Besatzungszone aber noch nicht mit der Liquidierung möglicher politischer Alternativen und ihrer Träger befasst. Im Nachkriegsdeutschland stand die Partei zunächst vor völlig neuen Herausforderungen. Mit Rücksichtnahme auf seine bisherigen westlichen Verbündeten erklärte Stalin unmittelbar nach Kriegsende, das sowjetische System auf Ostdeutschland nicht übertragen zu wollen. Dennoch sollte gemäß seinen im Juni 1945 geäußerten Vorstellungen «die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei» in einem parlamentarisch-demokratischen System garantiert sein.¹³ Die KPD war somit gezwungen, gegenüber den neu entstandenen nicht-kommunistischen Parteien, insbesondere gegenüber der Sozialdemokratischen Partei, der SPD, ihrem Hauptwidersacher innerhalb der Arbeiterbewegung, ein großes Maß an Toleranz zu zeigen.

Von Anfang an war der sowjetischen Besatzungsmacht klar, dass ihre Militärverwaltung in Ostdeutschland, so sie denn durch eine deutsche Regierung ersetzt werden sollte, eine zentralisierte Kaderpartei nach sowjetischem Muster benötigte. Diese sollte das Rückgrat der neuen Ordnung bilden. Doch der unerwartete Popularitätszuwachs für die SPD in der zweiten Jahreshälfte 1945 bereitete den sowjetischen und deutschen Kommunisten Probleme und bewog die KPD, eine schnelle Vereinigung mit den Sozialdemokraten anzustreben. Hermann Weber, der die Forschung zur DDR im Westen jahrzehntelang prägte, betonte, dass auch interne «kadermäßige» Probleme die KPD zu jenen Schritten veranlasst habe, die ihrer Forderung nach Führung und Kontrolle der Gesellschaft Nachdruck verleihen sollten. Nach Weber ermangelte es der KPD an erfahrenen Kräften aus der Arbeiterklasse, die aber für Führungspositionen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft Ostdeutschlands dringend benötigt wurden. Ihre eigenen neuen Mitglieder besaßen einfach zu wenig Bildung und Erfahrung, um die damit zusammenhängenden Aufgaben zu meistern. Zur gleichen Zeit konnte die SPD auf einen größeren Personalbestand ihrer Organisationen aus der Arbeiterbewegung der Vorkriegszeit zurückgreifen. In diesem Personal erblickte die KPD eine potenzielle Quelle befähigter Verwaltungskräfte.¹⁴ Aber das Hauptmotiv zur schnellen Vereinigung war das sowjetische Bestreben, die SPD als aktive politische Kraft aus der ostdeutschen Gesellschaft zu verdrängen. Ebenso wichtig war die unversöhnliche Haltung Kurt Schumachers, des führenden Politikers der SPD in den Westzonen, gegenüber der Sowjetunion, in der die sowjetische Besatzungsmacht eine potenzielle Gefahr erblickte.¹⁵

Im April 1946 vereinigten sich die KPD und die ostdeutsche SPD (ohne das Berlin der drei Westzonen) zur SED. Die im sowjetischen Geist herangebildeten Kommunisten sahen diese Partei als eine «durchmischte» Organisation an. Sie sei von «Elementen» durchsetzt, die man rasch unter Kontrolle bringen müsse. Doch das Bestreben, die Partei von angeblich politisch unerwünschten Kräften zu reinigen, stand

in keinem Verhältnis zur tatsächlichen «Gefahr» oder Nicht-Gefahr, die von früheren Sozialdemokraten ausging. Darüber hinaus sahen die sowjetische Besatzungsmacht und ihre deutschen Verbündeten aber sehr wohl eine andere Quelle möglichen Widerstandes, nämlich jene SED-Mitglieder, die vor 1933 zu linkssozialistischen oder antistalinistischen kommunistischen Gruppen gehört hatten, so zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), zur KPD-Opposition (KPDO) oder zum Leninbund.¹⁶

Die Mitglieder jener kleinen linken Arbeiterorganisationen, die das Naziregime überlebt hatten, gehörten am Kriegsende zu den aktivsten Kräften bei der Bildung Antifaschistischer Aktionsausschüsse in einer Reihe von Städten und Dörfern. Diese entstanden, bevor die sowjetischen oder westlichen Armeen diese Orte befreiten. Die britischen und US-amerikanischen Truppen lösten diese Komitees kurzerhand auf. Die sowjetische Besatzungsmacht verhielt sich vorsichtiger. Es war Walter Ulbricht, der damals moskautreueste aller kommunistischen Politiker, der alsbald die Auflösung dieser spontan entstandenen Körperschaften anordnete. Viele Mitglieder dieser Ausschüsse traten der KPD bei, und sei es nur, um dort alsbald ihre kritischen Stimmen zu erheben.¹⁷

Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) zeigte sich angesichts dieser Tatsache geradezu irritiert. Im Mai 1946 warnten die beiden SMAD-Spitzen Sergej Tjulpanow und Fjodor Bokow die SED-Führer Walter Ulbricht und Otto Grotewohl vor «trotzkistischen Elementen» innerhalb der Partei und drängten sie, Gegenmaßnahmen zu ergreifen.¹⁸ Hermann Matern, damals Leiter der Berliner SED-Organisation, schrieb, dass die Ultralinken, denen Sympathie für Leo Trotzki unterstellt wurde, zwar nicht ihre eigene Organisation besäßen, aber in Betrieben wirksam werden würden.¹⁹

Die SMAD und die SED-Führung reagierten besonders allergisch auf Kritik an der Sowjetunion, die von unabhängigen Kommunisten vorgetragen wurde. Diese galten als «Abweichler des Marxismus-Leninismus». «Nur nachdem wir eingegriffen hatten», berichtete ein sowjetischer Oberstleutnant, begann die SED «Maßnahmen zu ergreifen, um mehrere von ihnen [die Gegner der Einheit] aus der Partei auszuschließen».²⁰

Die sowjetischen Lokalbehörden in Thüringen befürchteten, die kommunistischen und die sozialdemokratischen Kritiken an der Sowjetunion könnten zu einer einheitlichen Strömung in der SED zusammenwachsen, in deren Ergebnis eine organisierte innerparteiliche Opposition entstünde. Sie befürchteten, eine solche politische Opposition werde ein Programm entwickeln, in dem zwar Lenin in der marxistischen Tradition gesehen, doch Stalin als Schöpfer eines sowjetischen Imperialismus gezeichnet werde. In der Tat gab es 1946 illegale Aktivitäten ehemaliger KPDO-Mitglieder: Sie schmuggelten Schriften von Heinrich Brandler und August Thalheimer in die sowjetische Zone, vor allem nach Thüringen. Brandler und Thalheimer, führende Politiker der KPD und dann der KPDO in der Weimarer Republik,²¹ hatten im kubanischen Exil eine Reihe von Broschüren verfasst, die genau in diesem Sinne argumentierten.²² Der sowjetische Militärgesamtdienst unternahm enorme Anstrengungen, um die Quelle dieser «subversiven» Aktivitäten herauszufinden, doch ohne Erfolg.²³ Zur gleichen Zeit suchte eine Gruppe kritischer SED-Mitglieder um den Gewerkschaftsfunktionär Karl Schmidt den Sozialismus durch einen «Rückgriff» auf Lenins Erbe zu «stärken». Schmidt ging so weit zu be-

haupten, mit der Festlegung der Oder-Neiße-Linie als neuer deutsch-polnischer Grenze habe die Sowjetunion sich vom Leninismus abgewandt. In Schmidts Augen war dies eine völlige Abwendung von Lenins Prinzip eines «Friedens ohne Annexionen».²⁴ Sogar die Trotzlisten konnten einige Aktivitäten entfalten, doch wurden diese sehr schnell unterdrückt.²⁵

Aus diesen und vielen ähnlichen Vorfällen in verschiedenen Regionen der Sowjetischen Besatzungszone zogen SED und SMAD den Schluss zur Bildung von Parteiorganen, deren Aufgabe die Verhinderung solcher innerparteilichen Konflikte sein sollte.²⁶ Zu diesem Zweck wurde innerhalb der Politischen Personalabteilung (PPA) des Zentralkomitees das Referat Abwehr geschaffen. Dieses sammelte Materialien über kritische Parteimitglieder, besonders über organisierte innerparteiliche Oppositionsströmungen. Diese Materialien wurden dem Referat durch Informanten zugeleitet, die solche Gruppen infiltrierte oder aus ihren Reihen angeworben worden waren. Bereits vor den parteiinternen «Säuberungen» der frühen 1950er-Jahre (die vom Parteiausschluss bis zur Haft und zur Deportation in sowjetische Lager reichten) wurde solches Informationsmaterial, so es nicht gleich für disziplinarische Maßnahmen verwendet wurde, zum späteren Gebrauch gesammelt.

Walter Ulbricht suchte aus der SED ein reibungslos arbeitendes Instrument zur Kontrolle des öffentlichen Lebens zu machen. Durch interne Kaderpolitik versuchte er, wie Norman Naimark festhielt, «institutionelle Konflikte zu reduzieren und Verwaltungsabläufe hierarchischer zu gestalten». Somit schuf die SED-Führung jene Art des Nomenklatura-Systems, «die den Verwaltungen die geeigneten Kader liefern sollte».²⁷ Dabei hatte die PPA alle Ernennungen für leitende Positionen in der Verwaltung, in öffentlichen Einrichtungen und vor allem in der Partei selbst zu bestätigen.

Ab Mai 1948 begann die offene und verstärkte Stalinisierung der SED mit dem Ziel, diese in eine disziplinierte Massenpartei umzuformen. Dies erfolgte vor allem mithilfe der Zentralen Parteikontrollkommission (ZPKK). Mit ihrer im Juli 1948 verabschiedeten Entschließung über die «Entfernung feindlicher und verantwortungsloser Elemente aus der Partei» folgte die SED-Führung der vom Kominform²⁸ vorgezeichneten Politik und sah jede Abweichung von der Parteilinie als feindliche Aktivität und als Werk ausländischer Agenten an. In den ersten KPD-Dokumenten unmittelbar nach dem Krieg war noch von der Politik eines «deutschen Weges zum Sozialismus», das heißt eines Weges, der sich vom sowjetischen Modell unterschied, die Rede gewesen.²⁹ Dies hatte insbesondere in Anton Ackermanns berühmten Aufsatz von 1946 seinen Ausdruck gefunden.³⁰

Eine Welle strengster Disziplinarmaßnahmen kennzeichnete die «Säuberungs»-Phase der Jahre 1949 bis 1951. Hervorgehoben sei, dass den meisten Opfern der Kampagnen gegen «Tito-Faschismus», «Trotzkismus», «Sozialdemokratismus», «imperialistische Spione und Agenten» und, wie später gezeigt wird, «zionistische Verschwörungen» nicht direkt feindliche Aktionen vorgeworfen wurden. Vielmehr wurden ihnen beabsichtigte verbrecherische Handlungen unterstellt. Sie wurden zu Geiseln stalinistischer «Disziplinarmaßnahmen» aufgrund ihrer politischen Vergangenheit und wegen der geänderten außenpolitischen Sicherheitsinteressen der Sowjetunion, namentlich in Bezug auf Ostmittel- und Südosteuropa in den ersten Jahren des Kalten Krieges. Das prominenteste Opfer in der DDR war das SED-Politbüro-

glied Paul Merker, der in einem Geheimprozess zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde.³¹

Einige der schlimmsten Angriffe gegen diese Opfer wurden sofort nach Stalins Tod am 5. März 1953 gestoppt. Doch erst nach Nikita Chruschtschows Enthüllungen auf dem 20. Parteitag 1956 legte man dem repressiven System Zügel an und wurden offene Unterdrückungsmaßnahmen durch ein autoritäres Herrschaftssystem ersetzt, das durch eine Mischung aus Repression und Toleranz gekennzeichnet war.

VON DER REPRESSION ZUR TOLERANZ – UND ZURÜCK? VERÄNDERTE HERRSCHAFTSMETHODEN IN KOMMUNISTISCHEN GESELLSCHAFTEN

Im Jahre 1956 fürchteten all jene, die für die parteiinternen «Säuberungen» der SED verantwortlich und immer noch in hohen Parteifunktionen waren, von ihren eigenen Genossen zur Verantwortung gezogen zu werden. Obwohl es in der DDR keine Schauprozesse wie gegen László Rajk (1949), Trajtscho Kostow (1949) und Rudolf Slánský (1952) in Budapest, Sofia und Prag gegeben hatte, war die SED dennoch gezwungen, sich mit dem heiklen Thema erzwungener Parteidisziplinierung, das die jüngste Vergangenheit und Gegenwart bestimmt hatte, zu befassen. Da die Partei «Säuberungen» der 1930er-Jahre noch im kollektiven Gedächtnis erinnert wurden, mussten nunmehr die Repressionsmaßnahmen, mit denen die innerparteiliche Kontrolle erzwungen worden war, durch subtile Herrschaftspraktiken ersetzt werden. Sie sollten ähnlich perfektioniert werden wie die früheren stalinistischen Zwangsmaßnahmen. Diese durch die Kontrollorgane der Partei eingeführten neuen Herrschaftstechniken müssen im Zusammenhang mit der veränderten politischen Lage in der Mitte und am Ende der 1950er-Jahre gesehen werden. Auch sie dienten der Sicherung der Alleinherrschaft der Parteiführung und suchten jede wirkliche oder unterstellte Opposition dagegen im Keim zu ersticken.

Hier kann nur kurz auf die Tatsache verwiesen werden, dass sich die Parteiführung auch weiterhin mit unzufriedenen Strömungen auseinandersetzen musste, die in Reaktion auf Kontrolle und Disziplinarmaßnahmen aufkamen. Die Parteiführung erhob die Losung von der «Einheit der Partei» zum obersten Gebot. Nach 1956 führte der von der Führung verfolgte Kurs des «Kampfes gegen revisionistische Tendenzen» zu einer nur sehr inkonsequenten Politik der Entstalinisierung. Ihr wichtigstes Ziel, die Macht des Politbüros ohne Einschränkung zu sichern, erreichte die SED-Führung. Die Zeit dieser halben Entstalinisierungspolitik dauerte bis gegen Ende der 1950er-Jahre. Auf repressive Maßnahmen wurde auch jetzt nicht verzichtet, wenngleich die Repression insgesamt ein geringeres Ausmaß erreichte als in der Periode zuvor.³²

Am Beginn der 1960er-Jahre, unmittelbar nach Errichtung der Berliner Mauer, ging die SED-Führung zu flexibleren Formen des Umgangs mit den Parteimitgliedern über, die sogar ein Element an Selbstkritik anklingen ließen. Nunmehr legten die Parteiführer eher Wert auf die demonstrierte Einheit mit dem Volk statt auf ideologisches Scharfmachertum. Sie begannen, den wirklichen Bedürfnissen der Menschen besser Rechnung zu tragen, und setzten nicht mehr nur auf reine Indoktrination. Von dieser relativ gemäßigten Haltung zeugten jene administrativen Maßnahmen, die der staatlichen Rechtsprechung eine gewisse Unabhängigkeit gegenüber

der Parteikontrolle einräumten. Dies wurde von einer realistischeren Wirtschafts- wie Jugendpolitik begleitet sowie (bis 1965) von einer größeren Offenheit gegenüber westlichen Kulturströmungen, insbesondere im Bereich der populären Musik.³³

All diese Maßnahmen sollten die Grundlage für weiterreichende Wirtschaftsreformen innerhalb des durch das System abgesteckten Rahmens bilden. Doch sobald klar wurde, dass innerhalb der DDR-Jugend, die von westlicher Beat- und Hippiekultur fasziniert war, rebellische und schwer zu kontrollierende Stimmungen aufkamen, wurde der Trend zur Liberalisierung gestoppt. Dies geschah auf einer ZK-Tagung im November 1965.³⁴ Die Furcht vor spontanen und unkontrollierbaren Entwicklungen, die die Grenzen des autoritären Herrschaftsmodells überschreiten könnten, veranlasste die SED-Führung am Ende der 1960er-Jahre schließlich, die Wirtschaftsreformen abzubrechen.³⁵ Die Uhren wurden zurückgestellt, allerdings nicht bis zu jenem Punkt, an dem die Massenrepression erneut zum Herrschaftsmittel geworden wäre. Die «Bewältigung» der «tschechoslowakischen Krise» von 1968 – bezogen auf den Einmarsch der Armeen der Warschauer Vertragsstaaten zur Zerschlagung der innerkommunistischen Reformbemühungen in der Tschechoslowakei – zeigte in der DDR den Erfolg einer Doppelstrategie, die sowohl auf die Reintegration von Abweichlern wie auf massive Einschüchterung jeden oppositionellen Potenzials zu setzen wusste.³⁶

Hervorzuheben ist, dass eine Toleranzpolitik, wie sie von der SED-Führung praktiziert wurde, ein Hauptmerkmal vorbürgerlicher Gesellschaften war. Das von Kaiser Joseph II. 1781 verabschiedete Toleranzpatent garantierte den Protestanten religiöse Freiheit in Österreich, aber gestand der protestantischen Kirche nicht die gleichen Rechte zu wie der katholischen Staatskirche. Das von König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen im Jahre 1847 erlassene Toleranzedikt kann ähnlich beurteilt werden – nämlich als ein politisches Instrument des «aufgeklärten Absolutismus». In historischer Perspektive ist es klar, dass das bloße Toleranzprinzip zunächst noch keineswegs die Politik im leninschen Sowjetrußland bestimmte. Der Rat der Volkskommissare verband anfangs vielmehr Repressivmaßnahmen mit einer Politik der *Emancipation* kleinerer Gruppierungen, zum Beispiel ethnischer Minoritäten. So tolerierten die sowjetisch-russischen Behörden die zionistische Bewegung bis etwa 1922. Zwar wurden zionistische Parteien als politische Gegner angesehen, doch nicht als Erzfeinde gebrandmarkt. Die Auswanderung nach Palästina war bis 1928 nicht verboten, «zionistische» Kolonisationsprojekte in der Landwirtschaft, so auf der Krim, erfuhren eine begrenzte staatliche Unterstützung.³⁷

Auch nach Stalins Tod waren die neuen, durch Partei und Staat in begrenztem Maße gewährten Freiheiten keineswegs einklagbar. Wie in vorbürgerlichen Gesellschaften konnten sie jederzeit zurückgenommen werden. Im Charakter dieser Toleranzpolitik mitsamt ihren Grenzen zeigt sich der Wandel der Einstellung gegenüber solchen Minderheiten, die zu Opfern stalinistischer Gewaltmaßnahmen geworden waren.

Die spätstalinistische Politik gegenüber religiösen Minderheiten (oder gegenüber der religiös eingestellten Bevölkerungsmehrheit) reichte von blanker Repression in Albanien über dosierte Unterdrückung in der Tschechoslowakei bis hin zur Übereinkunft zwischen Staat und Kirche in der DDR oder in Ungarn. In Polen fand sich die Staatspartei mit dem großen Einfluss der katholischen Kirche ab und räumte ihr

so viel Bewegungsfreiheit ein, dass man beinahe von einer «Doppelherrschaft» innerhalb der Gesellschaft sprechen kann.³⁸

Die Politik gegenüber soziokulturellen Minderheiten umfasste gleichfalls eine breite Palette an Möglichkeiten. So wurden beispielsweise Anstrengungen unternommen, die Juden auf den Status einer Religionsgemeinschaft zu beschränken und die nicht-religiösen Teile der jüdischen Bevölkerung zu assimilieren. Als diese Politik fehlschlug, reagierte das polnische Regime 1968, indem es zahlreiche Juden außer Landes drängte, während in Rumänien zu dieser Zeit einige Schritte in Richtung mehr Liberalisierung unternommen wurden. In der Sowjetunion waren auch in der langen Periode zwischen Lenins Tod und Gorbatschows Machtantritt einer Toleranzpolitik sehr enge Grenzen gezogen.³⁹

Mit der Erblast der Nazi-Vergangenheit in Deutschland war die DDR ein Sonderfall im sowjetischen Machtbereich. Im Bemühen, die Dimensionen des Holocaust zu verstehen, befassten sich einige Forscher auch mit dem Verhältnis der internationalen Arbeiterbewegung, speziell ihres kommunistischen Zweiges, zum Antisemitismus.⁴⁰ Die kommunistische Haltung zu dieser Problematik nahm durchaus die sozialen und politischen Dimensionen des Antisemitismus und der jüdischen Emanzipation wahr, während die ethnischen und religiösen Gesichtspunkte nur wenig Beachtung fanden. Die Einzigartigkeit und Irrationalität der Motive, die hinter Auschwitz lagen, wurden dabei unterbewertet.⁴¹

Die Politik der DDR gegenüber ihrer zahlenmäßig geringen jüdischen Bevölkerungsgruppe bemaß sich an Vorgaben der Sowjetunion. Repressive Maßnahmen gegen die Juden, wie sie die UdSSR seit 1949 betrieb, wurden 1952/53 auf die DDR in allerdings deutlich milderer Form übertragen. Die Politik des stalinistischen Antisemitismus beendete eine Anfangsphase der SED-Politik gegenüber den Juden, die nicht nur durch Toleranz, sondern durch aktive Unterstützung charakterisiert war. Die antisemitische Kampagne, für die letztlich nicht die SED, sondern ihre sowjetischen Auftraggeber verantwortlich waren, brach diese Entwicklung ab. Die von der Sowjetunion initiierte Kampagne gegen «Kosmopolitismus» zog Juden, aber auch nichtjüdische Rückkehrer aus westlichem Exil weit stärker in Mitleidenschaft als andere Teile der Bevölkerung.⁴²

Ende 1952 untersuchte die Staatssicherheit die Büroräume der Jüdischen Gemeinden und konfiszierte eine Reihe von Akten. Viele Jüdinnen und Juden wurden von großer Furcht ergriffen. Fünf der acht Vorsitzenden der ostdeutschen Jüdischen Gemeinden und mehr als 400 Jüdinnen und Juden flohen damals in den Westen. Andererseits unterbrach die SED-Führung zu keinem Zeitpunkt ihre finanzielle Unterstützung für die Gemeinden, obwohl diese von der Stasi als «Agenturen des Klassenfeindes» verdächtigt wurden. Entsprechend der Moskauer Linie übernahm die SED die antisemitische Rhetorik des Prager Slánský-Prozesses, während sie gleichzeitig einzelne antisemitische Ausbrüche unter der Bevölkerung unterdrückte.

Die Serie von parteiinternen «Säuberungen», zeitweiligen Inhaftierungen, beruflichen Zurücksetzungen, aber auch Parteiausschlüssen erreichte im Winter 1952/53 ihren Höhepunkt. Politbüromitglied Paul Merker, der kein Jude war, wurde bezichtigt, jüdischen SED-Mitgliedern den Eintritt in die Gemeinden nahegelegt zu haben. Merker wurde weiterhin beschuldigt, während seines Exils in Mexiko den Zionismus unterstützt zu haben. Auch habe er die Entschädigung

der von den Nazis geraubten jüdischen Vermögen nur gefordert, um dem US-amerikanischen Kapital das Eindringen in Ostdeutschland zu ermöglichen. In einem bewegenden Brief an die Parteiführung verteidigte sich Merker. Er schrieb: «Ich bin weder Jude noch Zionist – ein Verbrechen wäre wohl keines von beiden –, ich hatte nie die Absicht, nach Palästina zu fliehen, auch habe ich die Bestrebungen des Zionismus nicht unterstützt. Ich habe [...] lediglich die Auffassung zum Ausdruck gebracht, dass, nachdem die Juden durch den Hitlerfaschismus ausgeplündert, auf das Tiefste beleidigt, aus ihren Heimatländern vertrieben und Millionen von ihnen, nur weil sie Juden waren, ermordet worden sind, zwischen den Juden der verschiedenen Länder das Gefühl engster Verbundenheit und das Sehnen nach einem eigenen, jüdischen Lande entstanden sind. Und weiter, dass besonders wir Deutschen, da sich der Hitlerfaschismus unter uns herausgebildet hat und es uns nicht gelungen war, durch Aktionen der werktätigen Massen die Errichtung seiner Herrschaft und damit seine Verbrechen zu verhindern, dieses Gefühl der Juden, das der Ausdruck der aufs Tiefste Beleidigten und Empörten war und das ich als Stärkung des jüdischen Nationalgefühls bezeichnete, nicht ignorieren oder gar bekämpfen dürfen.»⁴³ – Erst mit Stalins Tod verschwand diese mit seinem Namen verknüpfte spezifische Variante des Antisemitismus, die unter dem Deckmantel des «Kampfes gegen Zionismus und Kosmopolitismus» firmierte. Doch blieb Merker noch bis 1956 in Haft.⁴⁴

Die Auseinandersetzung um den 17. Juni 1953 schob das Problem des Antisemitismus in der SED ganz in den Hintergrund. Es ist ein Paradoxon der Geschichte, dass gerade jüdische Kommunisten, die noch Monate zuvor die Staatsmacht, ihren Partei- und Sicherheitsapparat und vor allem den Willen des sowjetischen Diktators fürchten mussten, nun in der Präsenz eben dieser Staatsmacht eine Garantie für ihre – relativ – sichere Existenz sehen mussten. Nicht jeder war jedoch imstande, so schnell zu verdrängen, was nur wenige Monate zuvor geschehen war. Alfred Kantorowicz, Literaturhistoriker und überzeugtes SED-Mitglied, der am 17. Juni im Krankenhaus lag, notierte wenig später in sein Tagebuch: «Warum haben wir Intellektuellen und alten Sozialisten uns nicht an die Spitze der Bewegung gestellt? Was außer passiver Resistenz, außer Raunzen, Klagen, äußerstenfalls geistiger Selbstbehauptung haben wir getan?»⁴⁵ Ob die demonstrierenden Arbeiter freilich damals auf staatstragende Intellektuelle gehört hätten, muss indes offenbleiben. Jüdische und nichtjüdische Kommunisten sahen die «sozialistische Ordnung» durch Gewaltakte in Gefahr geraten. Genau deshalb sammelten sie sich nunmehr um die SED-Führung.⁴⁶

Seitdem war die SED zu einer Politik der Toleranz gegenüber den Jüdischen Gemeinden und säkularen Juden imstande. Die Erinnerung an den nazistischen Judenmord wurde in der Gesellschaft wachgehalten, wenngleich teilweise in einseitiger Weise.⁴⁷ Von den Jüdischen Gemeinden wurde eine Anpassung an die offizielle Politik erwartet, doch wurden sie nicht zu Stellungnahmen gegen Israel genötigt.⁴⁸ In den 1980er-Jahren wurde diese bemessene Toleranz von einer aktiven Unterstützung jüdischer Kultur und jüdischen religiösen Lebens abgelöst. Die Gründe für diesen Wandel kann man in einem stärkeren Interesse an Kontakten zu den USA, im gestiegenen Ansehen in der Bundesrepublik Deutschland sowie in der neuen Freiheit sehen, die aus der sowjetischen Politik unter Gorbatschow erwuchs. Diese wandte sich ausdrücklich gegen jede Form des Antisemitismus.

ZWISCHEN REPRESSION UND TOLERANZ, ODER: ERWEITERUNG DER HISTORISCHEN PERSPEKTIVE?

Dies bringt uns zur Frage, die in den letzten Jahren aus neuer Perspektive diskutiert worden ist: zur Frage der gebrochenen Loyalität kommunistischer Intellektueller in der DDR. War in den ersten beiden Jahrzehnten seit dem Untergang der DDR der moralische Maßstab für die Beurteilung des Verhaltens von Intellektuellen vorherrschend, wobei Begriffe wie Widerstand oder Mitläufertum im Zentrum der Texte standen, so hat sich im letzten Jahrzehnt ein Wechsel der Perspektive vollzogen. So betonen Gerd Dietrich in seinem Opus magnum, der dreibändigen Kulturgeschichte der DDR,⁴⁹ oder die französische Historikerin Sonia Combe, dass kommunistische DDR-Intellektuelle eine zwar begrenzte, doch keineswegs zu unterschätzende Rolle bei der Erweiterung eines öffentlichen Diskurses spielten, dessen Grenzen aber von der Parteiführung und ihrem Apparat gezogen wurden. Die Grenzen wurden mitunter abrupt verschoben und überraschten solche parteiverbundenen Intellektuellen, die sich zu ihrer Überraschung urplötzlich als Abweichler von der Linie, gar als Dissidenten wider Willen wiederfanden. Ihre verinnerlichten Parteinormen gerieten in Widerspruch zu ihrer Rolle als aktiv handelnde kommunistische Intellektuelle.⁵⁰

Bis zuletzt blendeten parteiverbundene Intellektuelle der DDR-Gründergeneration oftmals die grundlegenden Widersprüche des Systems aus. Vielmehr sahen sie sich als natürliche Verbündete der Parteiobere. Warum kamen die Verantwortlichen nicht zu ihnen, um zu diskutieren, fragte Anna Seghers voller Naivität auf einer Tagung des Schriftstellerverbandes der DDR, unmittelbar nachdem das 11. Plenum des ZK der SED 1965 eine Reihe von Büchern und Filmen verboten hatte.⁵¹ Sie wollte nicht erkennen, wo die Scheidelinie zwischen Emanzipation und Repression verlief. 1968 verweigerte sie ihren von den «Normalisierern» in Prag nach dem Einmarsch verfolgten Freunden sogar die geringe Hilfe, die sie hätte leisten können.

Sonia Combe erzählt die Geschichte der gescheiterten und vom Regime verfolgten Reformer des DDR-Sozialismus von Robert Havemann bis Rudolf Bahro (leider nicht solch «innerer» Wirtschaftsreformer wie Fritz Behrens, Arne Benary und Gunther Kohlmey) aus der Perspektive der, wie Jürgen Kuczynski sie nannte, «linientreuen Dissidenten», zu denen er sich selbst zählte. Kuczynski und der in Ungarn lebende Georg Lukács – zwischen ihnen sieht Sonia Combe trotz des Altersunterschiedes gewisse Parallelen –, die 1956/57 gegen den Stalinismus publizistisch milde revoltierten, gehörten zur Generation des Russischen Oktober. «Beide waren Marxisten im Wortsinn, Intellektuelle *in* der Partei, im Gegensatz zu jenen, die Intellektuelle *der* Partei waren und ihr Denken den Bedürfnissen der Partei anpassten.»⁵² Obwohl auch starker beruflicher Ehrgeiz sie beide antrieb, wovon die Unzahl ihrer Publikationen zeuge, gelte doch: Für beide «waren weder Karrierismus noch Opportunismus prägende Eigenschaften, und dies aus gutem Grund: Sie standen über den Dingen.»⁵³ Beide verstanden es, sich aus den Tageskämpfen herauszuhalten. Doch forderte diese Form des Engagements für den Kommunismus ihnen einen hohen Preis ab.

In den 1970er-Jahren, nach zum Teil massiven Schikanen gegen Robert Havemann und Stefan Heym, nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns und der Verhaftung Rudolf Bahros waren es einige der besten intellektuellen Schüler der antifaschistischen Intellektuellen, die den Bruch mit der DDR,

nicht immer aber mit der Idee des Sozialismus vollzogen und in den Westen gingen, so Jurek Becker, Klaus Schlesinger und Bettina Wegner. Die Auseinandersetzungen um Gehen oder Bleiben, Unterstützung oder Ablehnung der repressiven Maßnahmen schuf Gräben, die nicht mehr überbrückt werden konnten. Wer von der DDR-Gründergeneration noch aktiv war und in der DDR blieb, zog jedoch – mit Ausnahme Stefan Heyms – das Schweigen vor.

Doch warum schwiegen sie? Im «Turm von Babel» rang Hans Mayer um eine Antwort. In einer Passage des Buches – «Exkurs: Hanna und Kurt. Eine Erzählung» – schrieb er: «Natürlich hießen sie nicht Hanna und Kurt, als sie lebten, denn sie haben gelebt. Nun sind sie Gestalten einer Erzählung und heißen Hanna und Kurt. Schonung freilich spielte nicht mit. Die beiden haben sich und andere nicht geschont, und sie wurden nicht geschont.»⁵⁴

Hanna und Kurt hießen in Wirklichkeit Paul Böttcher und Rachel Dübendorfer. Der aus Leipzig stammende Paul Böttcher (1891–1975), von Beruf Drucksetzer, schloss sich früh der SPD an und gelangte über die USPD 1920 zur KPD, aus der er jedoch 1929 ausgeschlossen wurde. Er ging zur antistalinistischen KPD-Opposition. Im Schweizer Exil kehrte Böttcher aber 1934 zur KPD zurück. Die folgenden zehn Jahre leistete er in Genf für die Sowjetunion wichtige nachrichtendienstliche Arbeit und wurde eine der Schlüsselfiguren der «Roten Kapelle». 1945 ging er nach Deutschland zurück. Zusammen mit seiner langjährigen Mitarbeiterin (und Gefährtin) Rachel Dübendorfer wurde er 1946 nach Moskau eingeladen. Statt der erwarteten militärischen Auszeichnung hielt das Stalin-Regime jedoch einen Geheimprozess mit anschließender Haft in Workuta und anderen Leidensorten bereit. Erst 1956 kamen beide, die an verschiedenen Orten inhaftiert waren, in die DDR. Dort wurden sie nur halbherzig rehabilitiert. Böttcher war zuletzt stellvertretender Chefredakteur der *Leipziger Volkszeitung*, die damals als SED-Bezirksorgan fungierte. Chefredakteur war zeitweilig Walter Hedeler; auch er hatte den sowjetischen «Archipel Gulag» überlebt. Rachel Dübendorfer (1900–1973) kam psychisch schwer gestört in die DDR zurück; Hans Mayer zeichnete das bedrückende Porträt einer geistig umnachteten Frau. «Verwirrten Geistes und verstockt bis zum Ende. Ein Wahn vielleicht, der alles ertragen machte. Flucht in die sinnlose Treue, um die Gesamtlüge nicht ertragen zu müssen.»⁵⁵

In Wirklichkeit aber gesundete Rachel Dübendorfer allmählich; besonders heilsam waren die Besuche ihrer in Paris lebenden Tochter in Berlin. Sie blieb ein treues Parteimitglied bis zu ihrem Tod, hatte aber keine Verbindung mehr zu Böttcher. Auch er gehörte wieder zur Partei. Böttcher hielt Kontakt zu dem noch bis 1963 in Leipzig als Professor lehrenden Hans Mayer, den er aus gemeinsamer Schweizer Exilzeit kannte. Doch kam Böttcher «seltener zu Besuch. Es gab nichts mehr zu bereden. Zu vieles gehörte der Zone des Schweigens. Ich war nicht enttäuscht über ihn. Was er tat, war auch nichts anderes, als was sich die verstockte Hanna zum Selbstschutz ausgedacht hatte.»⁵⁶ Das selbst auferlegte Schweigen verstanden «Hanna und Kurt» als ihren Dienst an der «Sache». Dieser Dienst war eine Fortsetzung der kommunistischen Arbeit aus der Zeit der Opposition, des Exils und der Verfolgung. Doch musste er von Anfang an auf Selbsttäuschung beruhen. Er war ein zu instabiler Kitt. Um die DDR zusammenzuhalten, erwies er sich als zu schwach in einer Zeit, in der Kommunisten die Staatsgewalt ausübten und diese nicht mehr demokratisch auf den Prüfstand

stellen mussten, sei diese Gewalt auch von der sowjetischen Schutzmacht abgesichert.

Mit den Begriffen Repression und Toleranz sind die vielschichtigen und widersprüchlichen Dimensionen politischer Herrschaft in der DDR somit teilweise zu erklären, doch verlangt die Analyse der DDR-Gesellschaft, je länger diese existierte, nach weiterer Erklärung. Hier stellt, so meine ich, die – mitunter gebrochene – Loyalität der Parteimitglieder zur Partei ein eigenes Qualitätsmerkmal dar, sei dieses positiv oder negativ zu bewerten. Es war diese Loyalität, in der sich antifaschistisches Vermächtnis, die Hoffnung auf eine bessere Welt und die verzweifelte Flucht vor der Wirklichkeit in individuell unterschiedlicher Weise verbanden und verschränkten, die auch jenseits sowjetischer Bataillone zur inneren Stabilität der DDR beitrug, die aber nicht unendlich war. Natürlich wurden für eine neue Generation von DDR-Kommunisten, die Krieg und Verfolgung nur aus Büchern, dem Parteilehrjahr und den Erzählungen der Gründer-Generation kannten, andere Aspekte wichtig – nicht zuletzt auch ein karrierebedingtes Verhalten, das für manche aufstiegsbewusste SED-Genossen mit dem Ende der DDR nach neuen Gönnern suchte.

IM DICKICHT SELEKTIVER WAHRHEITEN – EIN KURZES FAZIT

Im Dickicht der skizzierten selektiven Wahrheiten und des selektiven Verschweigens tritt jetzt einmal mehr der Umgang mit dem antifaschistischen Erbe der DDR in unser Blickfeld; eines Erbes, dessen sich heute getarnte und offene Faschisten entledigen wollen; eines Erbes, das aber auch von wohlmeinenden Liberalen noch allzu oft zur Erblast heruntergebucht wird. Von seinem Grundgehalt war der Antifaschismus in seiner spezifischen DDR-Gestalt eine Projektion der Leiden, der Lebenserfahrungen und der Vorstellungswelt von Vertretern des kommunistischen Widerstandes auf die gesamte Gesellschaft. Die ideologische und kulturelle Hegemonie dieser Erfahrung einer Minderheit war Ausdruck der Dominanz dieser politischen Generation. Sie stand am Anfang der DDR und verfügte bis zuletzt über entscheidende Macht und Einfluss. Diese Schicht beanspruchte aus der Beteiligung an der Opposition gegen Hitler und der eigenen, oft tragischen Verfolgungsgeschichte, Richtung und Ziel der politischen Neuordnung in der DDR zu bestimmen. Die kommunistischen Widerstandskämpfer sahen als «letzte Revolutionäre» die eigenen politischen Wertmaßstäbe und Normen als verbindlich für die gesamte Bevölkerung an.⁵⁷ Die Erfahrung von politischer Verfolgung im Faschismus führte bei dieser Generation zu Verhärtungen und Feindbildern, die nie aufgebrochen wurden. All dies übte nachhaltige Wirkungen auf die innenpolitische Atmosphäre der DDR aus – einer DDR, die kleine Freiheiten um den Preis des Verzichts auf politisches Engagement tolerierte, sich jedoch genau damit vom Anliegen eines ursprünglichen Marxismus entfernte.

Der russisch-belgische Sozialist Victor Serge schrieb 1938 an Leo Trotzki, diesen durchaus kritisierend, der «Marxismus war nur in Worten und nur für eine kurze Zeit eine freiheitliche Ordnung: in der kurzen Periode der Sowjetdemokratie, die vom Oktober 1917 bis zum Sommer 1918 reichte. Dann fiel sie in sich zusammen und ging konsequenterweise den ausgetretenen Weg hin zur Staatsvergötzung – autoritär und alsbald totalitär. Ihr fehlte die freiheitliche Dimension. [...] Es mangelte den bolschewistischen Führern der großen Jahre weder an Kenntnissen noch an Intelligenz oder an Ener-

gie. Was ihnen fehlte, war revolutionärer Wagemut, wenn es [nach 1918] darum ging, die Probleme im Sinne der Freiheit für die Menschen und nicht durch regierungsamtlichen Zwang zu lösen. Systematisch errichteten sie nicht etwa, wie sie behaupteten, den kommunistischen Staat, sondern einen Staat im überkommenen Wortsinn, mit starker Polizeigewalt, Zensur, seinem Monopol in vielen Bereichen und seinen allmächtigen Büros. In dieser Hinsicht ist der Gegensatz zwischen dem bolschewistischen Programm von 1917 und der durch die Bolschewiki errichteten politischen Ordnung geradezu frappierend. Nach dem Sieg im Bürgerkrieg hätte eine sozialistische Lösung der Probleme in der Arbeiterdemokratie, der Förderung von Eigeninitiative, der Freiheit des Denkens, der Freiheit für die Arbeiterklasse bestanden und nicht, wie es geschah, in der Zentralisierung von Macht, der Unterdrückung abweichenden Denkens, im monolithischen Einparteiensystem, in der engherzigen Orthodoxie einer offiziellen Denkschule. Die Herrschaft und die ideologische Dominanz einer einzigen Partei gingen der Herrschaft und ideologischen Dominanz eines einzigen Führers voraus. Diese extreme Machtkonzentration, diese Furcht vor der Freiheit und vor ideologischer Abweichung, diese Verpflichtung auf eine absolute Autorität entwaffnete die Massen und führte zur Festigung einer absolut bestimmenden Bürokratie.» Und Serge schloss: «Freiheit ist für den Sozialismus eine Notwendigkeit, der Geist der Freiheit ist für den Marxismus so lebensnotwendig wie der Sauerstoff für lebende Wesen.»⁵⁸

Mario Keßler ist Senior Fellow am Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der RLS. Der folgende Text entstand anlässlich des «Kantine-Festivals» in Chemnitz am 23. Juli 2024 in Form eines Vortrags.⁵⁹

¹ Mayer, Hans: Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik, Frankfurt a. M. 1991, S. 258. ² Rezension vom 25.3.1991, Frankfurter Allgemeine Zeitung, S. L13. ³ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in diesem Text die grammatikalisch maskuline Form verallgemeinernd verwendet (generisches Maskulinum). ⁴ Assheuer, Thomas: Träume eines Geistersehers, in: Die Zeit 13/1991, 22.3.1991, S. 110. ⁵ Fullbrook, Mary: Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR, 1949–1989, Oxford/New York 1995, S. 8. ⁶ Ebd., S. 11. ⁷ Frühere Überlegungen, die in diesen Vortrag einfließen, finden sich in: Kessler, Mario: The Soviet Style of Power in Eastern Germany: Some Notes on the SED, in: Russian History/Histoire Russe 2–4/2002, S. 317–327. ⁸ Für eine Perspektive explizit «von unten», vgl. Bernd Gehrke/Renate Hürtgen/Thomas Klein (Hrsg.): «... feindlich-negative Elemente ...». Repression gegen linke und emanzipatorische Bewegungen in der DDR, Berlin 2019. Online unter: www.rosalux.de/publikation/id/411713/feindlich-negative-elemente ⁹ Hierzu findet sich wichtiges Material bei Voslensky, Michail: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion, Wien/München 1980. Der Verfasser, viele Jahre selbst ein durchaus privilegierter Nomenklaturkader, schrieb das Buch von jenem militant anti-kommunistischen Standpunkt, der das Schwarz-weiß-Schema unter umgekehrten Vorzeichen fortsetzte. ¹⁰ Vgl. Bergmann, Theodor/Keßler, Mario (Hrsg.): Ketzler im Kommunismus. 23 biographische Essays, 3. Aufl., Hamburg 2003. ¹¹ Vgl. Jarausch, Konrad H.: Fürsorgediktatur, in: Docupedia Zeitgeschichte, 30.1.2023, unter: https://docupedia.de/zg/Jarausch_fuersorgediktatur_v2_de_2023. ¹² Zur Geschichte der KPD in der Weimarer Republik vgl. Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1969; Fowkes, Ben: Communism in Germany under the Weimar Republic, New York 1984; Kinner, Klaus: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999. Zur Gesamtgeschichte vgl. Weitz, Eric D.: Creating German Communism, 1890–1990: From Popular Protests to Socialist State, Princeton, NJ 1997. ¹³ Vgl. Laufer, Jochen: «Genossen, wie ist das Gesamtbild?». Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, in: Deutschland Archiv 29/1996, S. 355–371. ¹⁴ Vgl. Weber, Hermann: Geschichte der DDR, München 1999, S. 71. ¹⁵ Vgl. Staritz, Dietrich: Die Gründung der DDR. Von der sowjetischen Besatzungsherrschaft zum sozialistischen Staat, München 1995, S. 120–121; Naimark, Norman: Die Russen in Deutschland. Die Sowjetische Besatzungszone 1945 bis 1949, Berlin 1999, S. 312; Plener, Ulla: Der feindliche Bruder: Kurt Schumacher. Intentionen – Politik – Ergebnisse 1921 bis 1952. Zum Verhältnis von Sozialdemokraten und anderen Linken aus historischer und aktueller Sicht, Berlin 2003, bes. S. 81–96. ¹⁶ Vgl. aus der umfangreichen Literatur Arndt, Helmut/Niemann, Heinz: Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei, Berlin 1991; Bergmann, Theodor: «Gegen den Strom». Die Geschichte der KPD(Opposition), 2. Aufl., Hamburg 2001; Bois, Marcel: Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen 2014. ¹⁷ Vgl. u. a. Borsdorf, Ulrich/Brandt, Peter/Niethammer, Lutz (Hrsg.): Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976; Staritz: Geschichte der DDR, S. 100–103; Tubbesing, Jürgen: Nationalkomitee «Freies Deutschland» – Antifaschistischer Block – Einheitspartei. Aspekte der Geschichte der antifaschistischen Bewegung in Leipzig, Beucha 1996; Benser, Günter: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Real-

tät, Bd. 4: Neubeginn ohne letzte Konsequenz (1945/1946), Berlin 2009. **18** Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck: Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994, S. 73 f. **19** Dokumentiert in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1/1996, S. 78. **20** Oberstleutnant Blestkin an Tjulpanow, 10.2.1948, zit. in: Naimark, Norman: The Soviets, the German Left, and the Problem of «Sectarianism» in the Eastern Zone, 1945 to 1949, in: Barclay, David E./Weitz, Eric D. (Eds.): Between Reform and Revolution. German Socialism and Communism from 1840 to 1990, New York/Oxford 1998, p. 433. **21** Vgl. zu Brandler: Becker, Jens: Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2002; vgl. zu Thalheimer: Bergmann, Theodor: Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004; Jacob, Frank: August Thalheimer. Undogmatischer Marxist und Faschismustheoretiker, Leipzig 2024 (im Erscheinen). **22** Die wichtigsten dieser Broschüren waren: Aldebaran [August Thalheimer]: Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem zweiten Weltkrieg, o. O. u. D. [1945]; Thalheimer, August: Die Potsdamer Beschlüsse. Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg, o. O. 1945. An beiden Broschüren hatte Brandler mitgearbeitet. **23** Einer der aktivsten Organisatoren der illegalen Tätigkeit der KPDO, namentlich in Thüringen, war der soeben aus schwedischem Exil zurückgekehrte Theodor Bergmann. Vgl. seine Autobiografie: Bergmann, Theodor: Im Jahrhundert der Katastrophen. Autobiografie eines kritischen Kommunisten, 3. Aufl., Hamburg 2016, S. 78 f. **24** Vgl. Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 343. **25** Vgl. die Memoiren eines der aktivsten Trotzkisten, der viele Jahre im Bautzener Gefängnis eingesperrt wurde: Hippe, Oskar: ...und unsere Fahne ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979. **26** Vgl. ausführlich Klein, Thomas/Otto, Wilfried/Griender, Peter: Visionen. Repression und Opposition in der SED (1949–1989), 2 Bde., Frankfurt/Oder 1996; Malycha, Andreas: Die SED. Eine Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000; Klein, Thomas: «Für die Einheit und Reinheit der Partei». Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln u. a. 2002. **27** Naimark, Die Russen in Deutschland, S. 60. **28** Das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) war von 1947 bis 1956 ein Bündnis verschiedener kommunistischer Parteien Osteuropas sowie Frankreichs, das von der KPdSU beherrscht wurde. Es trat an die Stelle der 1943 aufgelösten Komintern und übernahm deren Apparat. Im Juni 1948 verabschiedete es eine Resolution, in der die Kommunistische Partei Jugoslawiens als «Spionagezentrum in den Händen ausländischer Geheimdienste» bezeichnet wurde. Damit trat der Stalinisierungsprozess in allen kommunistischen Parteien, die mit den Sozialdemokraten nach 1945 verschmolzen worden waren, in seine entscheidende Phase. **29** Vgl. den Aufruf des ZK der KPD vom 11.6.1945: Schaffendes Volk in Stadt und Land! Männer und Frauen! Deutsche Jugend!, in: Berthold, Lothar/Diehl, Ernst (Hrsg.): Revolutionäre deutsche Parteiprogramme, Berlin [DDR] 1964, S. 191–122. **30** Vgl. Ackermann, Anton: Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, 1/1946, S. 22–32. **31** Vgl. aus der umfangreichen Literaturliste das Standardwerk von Hodoss, Georg Hermann: Schauprozesse. Stalinistische Säuberungen in Osteuropa 1948–54, Berlin 2001, mit Bibliografie, S. 343–353; McDermott, Kevin/Stibbe, Matthew (Eds.): Stalinist Terror in Eastern Europe. Elite Purges and Mass Repression, Manchester 2010; Applebaum, Anne: Der Eiserner Vorhang. Die Unterdrückung Osteuropas 1944–1956, München 2013. **32** Dies zeigt der Prozess gegen den intellektuellen Kreis um den Philosophen Wolfgang Harich. Dieser hatte öffentlich die Entmachtung Walter Ulbrichts gefordert. Er wurde zu neun Jahren Zuchthaus in Bautzen verurteilt. Während einige seiner Freunde gleichfalls inhaftiert wurden, geschah dies nicht mit jenen prominenten Intellektuellen, die der Unterstützung für Harich verdächtigt wurden, wie die Ökonomen Fritz Behrens und Gunther Kohlmeier oder der Historiker Jürgen Kuczynski. Vor 1956 wären auch sie verhaftet worden. Vgl. Amberger, Alexander: Bahro – Harich – Havemann. Marxistische Systemkritik und politische Utopie in der DDR, Paderborn 2014. **33** Zur Kulturgeschichte der DDR vgl. Dietrich, Gerd: Kulturgeschichte der DDR, 3 Bde., Göttingen 2018. **34** Vgl. Agde, Günter (Hrsg.): Kahl-schlag. Das 11. Plenum des ZK der SED. Studien und Dokumente, Berlin 1991; Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag, Berlin 1993. **35** Vgl. Roesler, Jörg: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR

1963–1970, Freiburg/Berlin 1990; Steiner, André: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, Berlin 1999. **36** Vgl. für diese «Doppelstrategie» Priess, Lutz u. a. (Hrsg.): Die SED und der «Prager Frühling» 1968, Berlin 1996. **37** Vgl. Keßler, Mario: Zionismus und internationale Arbeiterbewegung 1897–1933, Berlin 1994, S. 106–114; ders.: Sozialisten gegen Antisemitismus. Zur Judenfeindschaft und ihrer Bekämpfung (1844–1939), Hamburg 2022, S. 184–192. **38** Fejtő, François: Die Geschichte der Volksdemokratien, Bd. 2: Nach Stalin 1953–1972, Graz u. a. 1972, S. 480–492, gibt einen Überblick zur Religion in Ost- und Ostmitteleuropa (ohne die DDR). **39** Zur kommunistischen Politik gegenüber den Juden im ehemaligen Sowjetblock vgl. Bettelheim, Peter u. a. (Hrsg.): Antisemitismus in Osteuropa. Aspekte einer historischen Kontinuität, Wien 1992; Hancil, Jan/Chase, Michael (Eds.): Anti-Semitism in Post-Totalitarian Europe, Prag 1993; Luks, Leonid (Hrsg.): Der Spätstalinismus und die «jüdische Frage», Köln 1998; Gellately, Robert: Stalin's Curse. Battling for Communism in War and Cold War, Oxford/London 2016; Rubenstein, Joshua: The Last Days of Stalin, New Haven/London 2017. **40** Hierzu gehören u. a. Keßler, Mario: Antisemitismus, Zionismus und Sozialismus. Arbeiterbewegung und jüdische Frage im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Mainz 1994; Jacobs, Jack: Sozialisten und die «jüdische Frage» nach Marx, Mainz 1994 (engl. 1992); Traverso, Enzo: Die Marxisten und die jüdische Frage. Geschichte einer Debatte (1843–1943), Mainz 1995 (franz. 1990). **41** Vgl. Keßler, Mario: Die SED und die Pogromnacht. Geschichte und Erinnerung, in: ders.: Revolution und Konterrevolution. Studien über Gewalt und Humanität aus dem Jahrhundert der Katastrophen, Berlin 2016, S. 139–164. **42** Vgl. zum Folgenden: Keßler, Mario: Die SED und die Juden. Zwischen Repression und Toleranz. Politische Entwicklungen bis 1967, Berlin 1995, Kap. 3; ders.: Verdrängung der Geschichte – Antisemitismus in der SED 1952/53, in: Zuckermann, Moshe (Hrsg.): Juden in der DDR, Göttingen 2002, S. 34–47. Vgl. aus der umfangreichen Literatur vor allem Timm, Angelika: Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997; Herf, Jeffrey: Unerklärte Kriege gegen Israel. Die DDR und die westdeutsche radikale Linke 1967–1989, Göttingen 2019. **43** Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch), NL 102/27 (Nachlass Paul Merker). **44** Vgl. Kießling, Wolfgang: Partner im «Narrenparadies»: Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker, Berlin 1994; Keßler, Die SED und die Juden, S. 52–105. **45** Kantorowicz, Alfred: Deutsches Tagebuch II, [West-Berlin 1980], S. 365. **46** Vgl. Niethammer, Lutz: «Where Were You on 17 June?», International Yearbook of Oral History and Life Stories, 1/1992, S. 45–69. **47** Vgl. Schatzker, Chaim: Juden, Judentum und Staat Israel in den Geschichtsbüchern der DDR, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1994; Krauß, Matthias: Völkermord statt Holocaust. Jude und Judenbild im Literaturunterricht der DDR, Berlin 2007. **48** Vgl. Burgauer, Erica: Zwischen Erinnerung und Verdrängung. Juden in Deutschland nach 1945, Reinbek 1993, Kap. 3; Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern; Mertens, Lothar: Davidstern unter Hammer und Zirkel. Die Jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990, Hildesheim 1997. **49** Vgl. Dietrich, Kulturgeschichte der DDR. **50** Vgl. auch Fair-Schulz, Axel: Loyal Subversion. East Germany and its Bildungsbürgerlich Marxist Intellectuals, Berlin 2009; Siemens, Daniel: Hinter der «Weltbühne». Hermann Budziszlawski und das 20. Jahrhundert, Berlin 2022. **51** Combe, Sonia: Loyal um jeden Preis. «Linientreue Dissidenten» im Sozialismus, Berlin 2022, S. 128. **52** Ebd., S. 24. **53** Ebd. **54** Mayer, Der Turm von Babel, S. 166. **55** Ebd., S. 186. **56** Ebd., S. 187. **57** Vgl. Epstein, Catherine A.: The Last Revolutionaries. German Communists and Their Century, Cambridge, MA 2003. **58** Cotterill, David (Eds.): The Serge-Trotsky Papers: Correspondence and Other Writings Between Victor Serge and Leon Trotsky, London/Boulder 1994, p. 180–181. **59** Die «Kantine» ist ein Theoriefestival, das sich seit 2018 jährlich eine Woche lang mit dem Leben und dem Werk von politischen Denkern bzw. mit der Geschichte und Theorie linker Bewegungen beschäftigt. Nach Ausgaben zu Marx, Luxemburg, Benjamin, Gramsci und anderen folgte im Juli 2024 «Zone» zur Analyse und Kritik der DDR. Die Veranstaltung entstand in Kooperation mit dem Verein Wiederbelebung kulturellen Brachlandes (WkBe e. V.) und des Subotnik e. V. sowie mit Unterstützung unter anderem der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

IMPRESSUM

wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Armin Kuhn
Straße der Pariser Kommune 8A · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISBN: 978-3-948250-93-5 · Redaktionsschluss: September 2024
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Layout/Satz: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit
der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben
und darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.